

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 25.02.2016 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.

Begründung

Die Petentin fordert, dass die Bundesregierung das Kinderrecht auf Überleben, Entwicklung und eine Zukunft in der neuen „Welt-Agenda“ in den Fokus stellt.

Zur Begründung trägt die Petentin im Wesentlichen vor, sie fordere eine Mobilisierung und aktives Einsetzen, um die Sterblichkeitsrate bei Kindern auf der ganzen Welt deutlich zu senken, konkret und langfristig mit den Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer in Dialog zu treten, um diese für den Ausbau eines staatlichen Gesundheits- und Bildungssystems für alle Kinder in Verantwortung zu nehmen.

Die im Jahr 2000 festgelegten Millenniumsziele der Vereinten Nationen, darunter auch die Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel, seien nicht erreicht worden. Bei der Vereinbarung der neuen globalen Nachhaltigkeitsziele im September 2015 solle sich die Bundesregierung für die Kinderrechte einsetzen.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die von der Petentin eingereichten Unterlagen verwiesen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde von 84 Mitzeichnern unterstützt. Außerdem gingen 19 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Nach der Stellungnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat sich die Bundesregierung bereits im Rahmen der offenen

Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals - SDGs) erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Thema Gesundheit prominent in das Zielsystem integriert wird.

Viele Ziele richteten sich – auch über den Gesundheitsbereich hinaus – auf die Verbesserung von Entwicklungschancen für Kinder. Ferner sei im Kabinettsbericht zur sogenannten Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung beschlossen worden, auch weiterhin einen besonderen Fokus auf die Zielgruppe Mütter und Kinder zu legen und exemplarisch Bereiche des Engagements – prominent Gesundheit – identifiziert worden, die gerade auch für das Wohlergehen und eine umfassende, zukunftsfähige Entwicklung von Kindern relevant seien.

Das BMZ engagiere sich darüber hinaus dafür, die Sterblichkeitsrate bei Kindern auf der ganzen Welt deutlich zu senken. Der Ausbau eines staatlichen Gesundheits- und Bildungssystems für alle Kinder stelle einen wichtigen Schwerpunkt des politischen Dialogs der Bundesregierung mit den Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer dar.

Der deutsche Beitrag zur Verbesserung der Kindergesundheit zielle auf die Unterstützung erprobter Strategien ab. Dazu zählten die Durchführung von Impfprogrammen, die Prävention von HIV und AIDS, insbesondere die Vermeidung der HIV-Übertragung von der Mutter auf das Kind und die Bekämpfung von Durchfall- und Atemwegserkrankungen sowie von Malaria. Die Stärkung von Gesundheitssystemen und die Förderung von integrierten Mutter-Kind-Diensten seien bei all diesen Maßnahmen zentral und würden daher von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) unterstützt. Da zahlreiche Determinanten die Gesundheit beeinflussten, würden weitere Maßnahmen im Rahmen von sektorübergreifenden Ansätzen, z. B. in den Bereichen Wasser, Ernährung und Bildung umgesetzt.

Die Bundesregierung habe ihr Engagement im Bereich Gesundheit und speziell zu Mütter- und Kindergesundheit seit 2011 deutlich erhöht. Die deutschen Auszahlungen (official development aid/ODA) für Gesundheit hätten sich 2013 auf insgesamt 786,1 Millionen Euro belaufen. Deutschland sei damit 2013 der drittgrößte staatliche Geber im Gesundheitsbereich. Die speziell für die G8-Muskoka-Initiative zu Mütter- und Kindergesundheit anrechenbaren ODA-Auszahlungen beliefen sich 2013 auf 393,67 Millionen Euro.

Das BMZ habe als eigenen Beitrag zur Umsetzung der G8-Muskoka-Initiative sowie zur Unterstützung der Globalen Strategie für Mutter-Kind-Gesundheit des VN-Generalsekretärs eine „Initiative zur Selbstbestimmten Familienplanung und Müttergesundheit“ ins Leben gerufen. Die Initiative ziele u. a. darauf ab, Partnerländer dabei zu unterstützen, die Anzahl der professionell betreuten Geburten zu erhöhen und die Entbindung in einer geschützten Atmosphäre sicher zu organisieren. Dies leiste nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der Müttersterblichkeit, sondern auch zur Reduzierung der Neugeborenensterblichkeit. Die Initiative solle über das Jahr 2015 hinaus mit 100 Mio. Euro pro Jahr bis 2019 fortgeführt werden.

Auch in der internationalen Zusammenarbeit gebe es Aktivitäten der Bundesregierung. So würden u. a. der Globale Fonds zur Bekämpfung von Tuberkulose, AIDS und Malaria (GFATM), die Globale Impfallianz (Gavi) und die Initiative zur Ausrottung von Polio (Global Polio Eradication Initiative) gefördert. Im Januar 2015 habe das BMZ unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Wiederauffüllungskonferenz von Gavi ausgerichtet. Mit den zugesagten 7,539 Milliarden Dollar könnten weitere 300 Millionen Kinder in den ärmsten Ländern der Welt geimpft werden. Der angekündigte deutsche Beitrag von 600 Millionen Euro bis zum Jahr 2020 setze ein klares Zeichen im Kampf gegen die Kindersterblichkeit.

Eine qualitativ hochwertige und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung relevante Bildung sei Grundlage dafür, dass Kinder und Jugendliche Grundqualifikationen und Kompetenzen zur Verwirklichung von individuellen Handlungschancen und zur Übernahme gesellschaftlicher Teilhabe und Verantwortung erwerben und somit ihre Zukunft gestalten könnten.

Die Bundesregierung messe dem Thema Bildung in der Entwicklungspolitik einen hohen Stellenwert bei. Die von Deutschland im Jahr 2013 geleisteten ODA-Auszahlungen im Bereich Bildung beliefen sich auf insgesamt 1.304 Mio. Euro. Davon seien 333 Mio. Euro aus dem Etat des BMZ gekommen. Die Leistung solle auf mindestens 400 Mio. Euro jährlich erhöht werden.

Im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes unterstütze das BMZ prinzipiell alle Bildungsstufen und -formen. Im Fokus ständen dabei die Bereiche Grundbildung, berufliche Bildung und Hochschulbildung. Auch die Bedeutung frühkindlicher Bildungsangebote für späteres Lernen, die kognitive Entwicklung von Kindern, für die Partizipation und Inklusion benachteiligter Kinder sowie für die Verbesserung individueller und gesamtgesellschaftlicher Entwicklung werde anerkannt. Die Ziele des deutschen Engagements seien ein chancengerechter Zugang insbesondere auch für

benachteiligte Bevölkerungsgruppen und die verbesserte Qualität und Relevanz von Bildung. Inklusive Bildung und die Gleichberechtigung der Geschlechter seien wichtige Querschnittsthemen.

Weiter führt das BMZ in seiner Stellungnahme aus, dass das Menschenrecht auf Bildung die Länder verpflichte, eine unentgeltliche Primarschulbildung und nachholende Grundbildung für Alle bereitzustellen; deshalb engagiere sich das BMZ besonders stark in diesem Bereich. 2013 hätten die bilateralen Auszahlungen in der Grundbildung 112 Mio. Euro betragen. Das seien 24,5 % der deutschen ODA aus dem BMZ-Haushalt für Bildung. Die Regierungszusagen seien seit 2011 von 59 Mio. Euro auf 80 Mio. Euro in 2014 angestiegen.

Das BMZ bringe sich auch in die Förderung von Grundbildung und frühkindlicher Bildung über multilaterale Zusammenarbeit ein: So habe das BMZ die Globale Bildungspartnerschaft (GPE) mit finanziellen Beiträgen an den GPE Multigeberfonds (Gesamtbeitrag 2003-2013 33 Mio. Euro; Zusage weiterer 28 Mio. Euro für 2015-2018) und mit bilateralen Mitteln unterstützt. Die wichtigste bilaterale Beistellung für GPE sei die „Deutsche BACKUP Initiative Bildung in Afrika“ (Förderung 2009-14: 6,62 Mio. Euro, Zusage weiterer 6,4 Mio. Euro für 2015-2017). Über dieses Vorhaben würden afrikanische Länder mit Finanzbedarf darin unterstützt, Finanzierungsanträge für Grundbildungsvorhaben zu stellen und umzusetzen.

Der regionale Schwerpunkt des BMZ Engagements für die Grundbildung liege auf Afrika, wo noch besonders viele Kinder keine Schule besuchten bzw. die Schule frühzeitig abbrechen würden. Ein besonderes Augenmerk gelte Gebieten, die von Fragilität und Konflikt betroffen seien. Dazu gehörten vor allem auch Flüchtlingssituationen.

Vielfältige Verknüpfungen zwischen Bildung und Gesundheitsthemen trügen ebenfalls dazu bei, das Überleben und die Entwicklung von Kindern zu sichern: Themen wie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, Hygienebildung, HIV&AIDS-Prävention oder gute Ernährung würden in verschiedenster Weise in Bildungsprogramme integriert. Daneben unterstütze das BMZ die Ausbildung von Gesundheitsfachkräften in Entwicklungsländern.

Nach Ansicht des Ausschusses setzt sich die Bundesregierung bereits aktiv für die Gesundheit von Neugeborenen und Kindern ein. Auch bei den Verhandlungen zur Post-2015-Agenda und im Dialog mit den Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer hat sie sich dementsprechend positioniert, um diese für den Ausbau

eines staatlichen Gesundheits- und Bildungssystems für alle Kinder in Verantwortung zu nehmen.

Vor dem dargestellten Hintergrund empfiehlt der Petitionsausschuss daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen der Petentin teilweise entsprochen worden ist.